



## Analyse des Budgetdienstes

### Budgetvollzug Jänner bis Dezember 2014

#### Zusammenfassung

- Auf Basis des Monatserfolges Dezember betrug der **Nettofinanzierungsbedarf** 2014 rd. -3,2 Mrd. EUR und war damit um rd. 1,0 Mrd. EUR geringer als im Vorjahr und um rd. 380 Mio. EUR geringer als budgetiert. Dies entspricht einem vorläufigen administrativen Budgetdefizit von rd. 1,0 % des BIP. Sowohl die Auszahlungen (-1,5 %) als auch die Einzahlungen (-1 %) waren geringer als veranschlagt.
- Die **Auszahlungen** betragen 2014 rd. 74,7 Mrd. EUR. Sie waren um rd. 915 Mio. EUR bzw. 1,2 % geringer als im Vorjahr und um rd. 1,1 Mrd. EUR bzw. 1,5 % niedriger als budgetiert. Maßgeblich dafür waren in erster Linie geringere Auszahlungen für die Bankenhilfe, im Ausfuhrförderungsverfahren und für Zinszahlungen, die die Mehrauszahlungen für den Arbeitsmarkt und die Pensionsversicherung mehr als kompensierten.
- Die **Einzahlungen** betragen 2014 rd. 71,5 Mrd. EUR und waren somit um rd. 100 Mio. EUR bzw. 0,1 % höher als im Vorjahr, der Bundesvoranschlag (BVA) wurde jedoch um rd. 733 Mio. EUR bzw. 1,0 % unterschritten. Die öffentlichen Bruttoabgaben betragen 2014 rd. 78,5 Mrd. EUR und waren um rd. 2,1 Mrd. EUR bzw. 2,8 % höher als 2013. Im BVA 2014 wurde ein Anstieg auf rd. 79,4 Mrd. EUR veranschlagt, dieser Wert wurde aufgrund der schwachen Konjunktorentwicklung um rd. 877 Mio. EUR bzw. 1,1 % unterschritten. Nach Abzug der Ertragsanteile an Länder und Gemeinden betragen die Öffentlichen Nettoabgaben im Vorjahr rd. 47,5 Mrd. EUR und waren damit um rd. 409 Mio. EUR geringer als budgetiert.



- Die **Einzahlungen aus den Einkommen- und Vermögensteuern** iHv rd. 40,0 Mrd. EUR liegen um 3,2 % höher als 2013, blieben aber um rd. 637 Mio. EUR (-1,6 %) unter dem BVA. Lediglich die **Einzahlungen aus der Lohnsteuer** erreichten beinahe den veranschlagten Wert (-0,2 % bzw. rd. -58 Mio. EUR). Sie stiegen im Vergleich zum Vorjahr um +5,5 % auf rd. 25,9 Mrd. EUR und lagen damit erstmals über jenen aus der Umsatzsteuer (2014: rd. 25,5 Mrd. EUR). Die **Einzahlungen aus den Verbrauchs- und Verkehrssteuern** (budgetierter Jahreswert rd. 38,1 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 48,1 %) betragen im Vorjahr rd. 38,0 Mrd. EUR (+3,0 % gegenüber 2013). Der budgetierte Wert wurde um rd. 192 Mio. EUR bzw. 0,5 % unterschritten.
- Das **Maastricht-Defizit** des Bundes wird 2014 insbesondere aufgrund der Sanierung der Hypo-Alpe-Adria AG deutlich höher ausfallen als das administrative Defizit (budgetiertes Maastricht-Defizit 2,8 % des BIP, zuletzt reduziert auf 2,7 % laut Übersicht über die Haushaltsplanung 2015), ein vorläufiges Ergebnis wird jedoch erst bis Ende März vorliegen.
- Der **Ergebnishaushalt** zeigt deutliche Abweichungen zwischen dem Gebarungserfolg bis Dezember und dem Bundesvoranschlag 2014. Während die Erträge im Jahr 2014 rd. 69,8 Mrd. EUR betragen und damit der Voranschlag um rd. 70 Mio. EUR bzw. 0,1 % unterschritten wurde beliefen sich die Aufwendungen auf rd. 74,6 Mrd. EUR und waren um rd. 3,5 Mrd. EUR bzw. 4,5 % deutlich geringer als budgetiert. Damit beträgt das vorläufige Nettoergebnis rd. -4,7 Mrd. EUR und ist um rd. 2,5 Mrd. EUR günstiger als im Vorjahr und um rd. 3,4 Mrd. EUR günstiger als veranschlagt. Dies ist insbesondere auf niedrigere Aufwendungen in der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie (Unterschreitung BVA iHv rd. 2,3 Mrd. EUR) und in der UG 46-Finanzmarktstabilität (Unterschreitung BVA iHv rd. 1,5 Mrd. EUR) zurückzuführen.
- Laut Informationen aus dem BMF und den Fachressorts dürfte es im Ergebnishaushalt im Rahmen des Mängelbehebungsverfahrens mit dem RH noch zu erheblichen Korrekturen bzw. Abschlussbuchungen (insbesondere Folgebewertungen) kommen. Das vorläufige Nettoergebnis ist daher mit Vorsicht zu interpretieren. Der Bundesminister für Finanzen hat dem Nationalrat bis 31. März 2015 den vorläufigen Gebarungserfolg 2014, der Rechnungshof bis zum 30. April 2015 die Voranschlagsvergleichsrechnung des vorangegangenen Finanzjahres vorzulegen.



## Budgetvollzug Jänner bis Dezember 2014 – wesentliche Einzelergebnisse

### Grundlage für die Analyse sind folgende Dokumente:

- Monatserfolg November 2014 (50/BA)
- Monatserfolg Dezember 2014 (55/BA)
- Bericht über die Genehmigung von Vorbelastungen für das 4. Quartal 2014 (51/BA)
- Bericht gemäß § 54 Abs. 12 BHG 2013 über die im 4. Quartal 2014 genehmigten Mittelverwendungsüberschreitungen (MVÜ) (57/BA)

### Aggregierte Entwicklung des Bundeshaushaltes im Jahr 2014

Die aggregierten Gesamtergebnisse des Finanzierungshaushaltes und Jahresvergleiche sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

#### Entwicklung im Finanzierungshaushalt

Finanzierungsrechnung	Monatserfolg	Jahreswerte				Vergleich v.Erf mit BVA		
	Dez 2014	Jän-Dez 2013	Jän-Dez 2014	Unterschied in Mio. €	Unterschied in %	BVA 2014	Unterschied in Mio. €	Unterschied in %
<b>Allgemeine Gebarung</b>								
Einzahlungen	7.325,5	71.363,7	71.462,5	98,8	0,1	72.195,8	-733,3	-1,0
Auszahlungen	6.971,0	75.566,7	74.652,1	-914,6	-1,2	75.765,1	-1.113,0	-1,5
<b>Nettofinanzierungsbedarf</b>	<b>354,5</b>	<b>-4.203,0</b>	<b>-3.189,6</b>	<b>1.013,4</b>	<b>24,1</b>	<b>-3.569,3</b>	<b>379,7</b>	<b>10,6</b>

Quelle: BMF, Monatserfolg Dezember 2014

Die Einzahlungen betragen 2014 rd. 71,5 Mrd. EUR und waren somit um rd. 100 Mio. EUR bzw. 0,1 % höher als im Vorjahr. Der Bundesvoranschlag (BVA) wurde um rd. 733 Mio. EUR bzw. 1,0 % unterschritten. Während der Anstieg der Einzahlungen per Ende Oktober 2014 im Vorjahresvergleich noch 2,8 % betrug, ist die Dynamik der Einzahlungen zum Jahresende deutlich zurückgegangen. Der Vorjahresvergleich wird allerdings durch die im Dezember des Vorjahres verbuchten Einmaleinzahlungen aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen iHv rd. 2,1 Mrd. EUR deutlich verzerrt.



Die Auszahlungen betragen 2014 rd. 74,7 Mrd. EUR und waren um rd. 915 Mio. EUR bzw. 1,2 % geringer als im Vorjahr. Der BVA konnte bei den Auszahlungen um rd. 1,1 Mrd. EUR bzw. 1,5 % unterschritten werden. Maßgeblich dafür waren in erster Linie geringere Auszahlungen für die Bankenhilfe, im Ausfuhrförderungsverfahren und bei den Zinszahlungen, die die Mehrauszahlungen für den Arbeitsmarkt und die Pensionsversicherung mehr als kompensierten.

Der Nettofinanzierungsbedarf, also die Differenz zwischen Einzahlungen und Auszahlungen, betrug 2014 rd. -3,2 Mrd. EUR. Dies entspricht einem vorläufigen administrativen Budgetdefizit von rd. 1,0 % des BIP, veranschlagt war ein administratives Budgetdefizit von 1,1 % des BIP. Der Nettofinanzierungsbedarf war damit um rd. 1,0 Mrd. EUR geringer als im Vorjahr und um rd. 380 Mio. EUR geringer als budgetiert. Das Maastricht-Defizit des Bundes wird 2014 insbesondere aufgrund der Sanierung der Hypo-Alpe-Adria AG deutlich höher ausfallen als das administrative Defizit. Budgetiert wurde ein Maastricht-Defizit des Bundes von 2,8 % des BIP. Aktuell ist die Höhe des Maastricht-Defizits noch nicht absehbar, ein vorläufiges Ergebnis wird jedoch erst bis Ende März vorliegen.

### Entwicklung im Ergebnishaushalt

Ergebnisrechnung	Monatserfolg	Jahreswerte				Vergleich v.Erf mit BVA		
	Dez 2014	Jän-Dez 2013	Jän-Dez 2014	Unterschied in Mio. €	Unterschied in %	BVA 2014	Unterschied in Mio. €	Unterschied in %
<b>Allgemeine Gebarung</b>								
Erträge	6.895,3	70.873,1	69.834,6	-1.038,5	-1,5	69.904,8	-70,2	-0,1
Aufwendungen	9.216,1	78.109,7	74.581,1	-3.528,6	-4,5	78.061,3	-3.480,2	-4,5
<b>Nettoergebnis</b>	<b>-2.320,7</b>	<b>-7.236,6</b>	<b>-4.746,5</b>	<b>2.490,1</b>	<b>34,4</b>	<b>-8.156,5</b>	<b>3.410,0</b>	<b>41,8</b>

Quelle: BMF, Monatserfolg Dezember 2014

Die Erträge betragen im Jahr 2014 rd. 69,8 Mrd. EUR und waren somit um rd. 1,0 Mrd. EUR bzw. 1,5 % geringer als 2013. Der Bundesvoranschlag wurde nur um rd. 70 Mio. EUR bzw. 0,1 % unterschritten. Die große Differenz zwischen Einzahlungen und Erträgen (rd. 1,6 Mrd. EUR) ist in erster Linie auf Rückzahlungen von Partizipationskapital in der UG 46-Finanzmarktstabilität zurückzuführen, die nicht im Ergebnishaushalt sondern im Vermögenshaushalt aufscheinen.

Die Aufwendungen betragen im Vorjahr rd. 74,6 Mrd. EUR und waren somit um rd. 3,5 Mrd. EUR bzw. 4,5 % geringer als 2013. Auch der Bundesvoranschlag wurde deutlich um rd. 3,5 Mrd. EUR bzw. 4,5 % unterschritten. Die deutliche Unterschreitung des BVA ist insbesondere auf geringere Aufwendungen in der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie (Unterschreitung des BVA um rd. 2,3 Mrd. EUR) und in der UG 46-Finanzmarktstabilität (Unterschreitung des BVA um rd. 1,5 Mrd. EUR) zurückzuführen.



Laut Informationen aus dem BMF und den Fachressorts dürfte es insbesondere im Ergebnishaushalt im Rahmen des Mängelbehebungsverfahrens mit dem RH noch zu erheblichen Korrekturen bzw. Abschlussbuchungen (insbesondere Folgebewertungen) kommen. Das vorläufige Nettoergebnis ist daher mit Vorsicht zu interpretieren. Es beträgt rd. -4,7 Mrd. EUR und ist um rd. 2,5 Mrd. EUR geringer als im Vorjahr und um rd. 3,4 Mrd. EUR geringer als budgetiert.

## Wesentliche Abweichungen zum Bundesvoranschlag 2014

Im Folgenden werden jene Untergliederungen dargestellt, die im Finanzierungshaushalt hohe absolute und prozentuelle **Abweichungen vom Bundesvoranschlag** aufweisen. Die beiden nachfolgenden Tabellen geben zunächst einen Überblick über die Untergliederungen mit den stärksten positiven oder negativen Abweichungen gegenüber dem Bundesvoranschlag bei den Einzahlungen und bei den Auszahlungen.

### Einzahlungen, wesentliche Abweichungen

UG	Finanzierungsrechnung, Einzahlungen	Vergleich Jän-Dez 2014 mit Jän-Dez 2013		Vergleich vorl. Erf. 2014 mit BVA 2014	
		Unterschied in Mio. €	Unterschied in %	Unterschied in Mio. €	Unterschied in %
22	Pensionsversicherung	19,5	11,9	146,1	395,9
20	Arbeit	314,6	5,4	132,8	2,2
13	Justiz	61,3	6,1	94,9	9,7
45	Bundesvermögen	-16,5	-1,6	-207,1	-17,1
51	Kassenverwaltung	-812,9	-42,0	-331,6	-22,8
16	Öffentliche Abgaben	1.672,0	3,7	-408,6	-0,9
<b>Summe ausgewählte Untergliederungen</b>		<b>1.238,1</b>	<b>2,2</b>	<b>-573,5</b>	<b>1,0</b>
<i>übrige Untergliederungen</i>		<i>-1.139,2</i>	<i>-7,3</i>	<i>-159,8</i>	<i>1,1</i>
<b>Summe alle Untergliederungen</b>		<b>98,8</b>	<b>0,1</b>	<b>-733,3</b>	<b>-1,0</b>

### Auszahlungen, wesentliche Abweichungen

UG	Finanzierungsrechnung, Auszahlungen	Vergleich Jän-Dez 2014 mit Jän-Dez 2013		Vergleich vorl. Erf. 2014 mit BVA 2014	
		Unterschied in Mio. €	Unterschied in %	Unterschied in Mio. €	Unterschied in %
20	Arbeit	716,4	10,7	395,6	5,6
22	Pensionsversicherung	609,7	6,2	208,8	2,0
43	Umwelt	-52,8	-6,6	102,9	16,1
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	306,2	4,8	-200,7	-2,9
45	Bundesvermögen	-653,9	-38,1	-476,8	-31,0
46	Finanzmarktstabilität	-2.521,1	-76,7	-1.066,2	-58,2
<b>Summe ausgewählte Untergliederungen</b>		<b>-1.595,5</b>	<b>-5,6</b>	<b>-1.036,5</b>	<b>3,8</b>
<i>übrige Untergliederungen</i>		<i>680,9</i>	<i>1,5</i>	<i>-76,5</i>	<i>0,2</i>
<b>Summe alle Untergliederungen</b>		<b>-914,6</b>	<b>-1,2</b>	<b>-1.113,0</b>	<b>-1,5</b>

Quelle: Monatserfolg BMF, eigene Darstellungen



## UG 16-Öffentliche Abgaben

Die **öffentlichen Bruttoabgaben** betragen 2014 rd. 78,5 Mrd. EUR und waren um rd. 2,1 Mrd. EUR bzw. 2,8 % höher als 2013. Im BVA 2014 wurde ein Anstieg auf rd. 79,4 Mrd. EUR veranschlagt, dieser Wert wurde um rd. 877 Mio. EUR bzw. 1,1 % unterschritten. Nach Abzug der Ertragsanteile an Ländern und Gemeinden und sonstiger Ab-Überweisungen betragen im Vorjahr die Einzahlungen in die UG 16 (Öffentliche Nettoabgaben) rd. 47,5 Mrd. EUR. Damit wurde der veranschlagte Wert um rd. 409 Mio. EUR unterschritten.

Aus den **Einkommen- und Vermögensteuern** (budgetierter Jahreswert rd. 40,6 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 51,2 %) konnten im Vorjahr Einzahlungen iHv rd. 40,0 Mrd. EUR erzielt werden (+3,2 % gegenüber 2013), die veranschlagten Einzahlungen wurden um rd. 637 Mio. EUR unterschritten. Besonderheiten weisen folgende Abgabensarten aus:

- **Lohnsteuer** (budgetierter Jahreswert 26,0 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 32,8 %): Die Einzahlungen betragen im Vorjahr rd. 25,9 Mrd. EUR (+5,5 % gegenüber 2013). Damit lagen die Einzahlungen aus der Lohnsteuer erstmals über jenen aus der Umsatzsteuer (2014: rd. 25,5 Mrd. EUR). Der veranschlagte Wert wurde nur um 0,2 % bzw. rd. 58 Mio. EUR unterschritten. Bei den für die Einzahlungen aus der Lohnsteuer relevanten Indikatoren (unselbständige Beschäftigung, Löhne und Gehälter pro Kopf nominell) kam es laut aktueller WIFO-Prognose zu deutlich geringeren Anstiegen als bei der Budgeterstellung angenommen wurden. Bei den unselbständig Beschäftigten betrug der Anstieg 0,7 % statt 1,0 %, bei den Löhnen und Gehältern pro Kopf 1,5 % statt 2,1 %. Da trotz dieser Verschlechterung der BVA nahezu erreicht wurde, kann auf eine sehr vorsichtige Budgetierung der Lohnsteuer geschlossen werden.
- **Veranlagte Einkommensteuer** (budgetierter Jahreswert 3,5 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 4,4 %): Im Vorjahr konnten Einzahlungen iHv rd. 3,4 Mrd. EUR erzielt werden (+8,5 % gegenüber 2013), die veranschlagten Einzahlungen wurden um rd. 116 Mio. EUR unterschritten. Gegenüber den Vormonaten hat sich die Dynamik bei der veranlagten Einkommensteuer deutlich abgeschwächt. Per Ende Oktober betrug der Anstieg gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres noch 13,7 %.



- **Kapitalertragsteuern** (budgetierter Jahreswert 2,7 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 3,3 %): Die Einzahlungen aus der Kapitalertragsteuer betragen im Vorjahr rd. 2,8 Mrd. EUR (+6,9 % gegenüber 2013). Während die Einzahlungen aus der Kapitalertragsteuer auf Dividenden um rd. 270 Mio. EUR höher waren als 2013, lagen die Einzahlungen aus der Kapitalertragsteuer auf Zinsen und sonstige Erträge um rd. 90 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert. Insgesamt lagen die Einzahlungen um rd. 120 Mio. EUR bzw. 4,5 % über dem veranschlagten Wert.
- **Körperschaftsteuer** (budgetierter Jahreswert 6,2 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 7,8 %): Im Jahr 2014 wurden Einzahlungen iHv rd. 5,9 Mrd. EUR erzielt (-1,9 % gegenüber 2013). Der BVA wurde um rd. 294 Mio. EUR bzw. 4,7 % unterschritten. Die schwache Entwicklung bei der Körperschaftsteuer ist laut Auskunft des BMF in erster Linie auf niedriger als erwartete Abschlagszahlungen zur Vermeidung der Anspruchsverzinsung (im Fall einer zu erwartenden Nachforderung) zurückzuführen. Dies ist ein Indiz für niedrigere Gewinne aus dem Jahr 2013.
- **Abgeltungssteuern aus internationalen Abkommen** (budgetierter Jahreswert 500 Mio. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 0,6 %): Die Einzahlungen iHv rd. 264 Mio. EUR lagen deutlich unter dem budgetierten Wert (500 Mio. EUR). Laut Medienberichten entfielen 220 Mio. EUR auf Einzahlungen aus dem Steuerabkommen mit Liechtenstein, die restlichen 44 Mio. EUR sind demnach noch Resteingänge aus dem Steuerabkommen mit der Schweiz.

Die Einzahlungen aus den **Verbrauchs- und Verkehrssteuern** (budgetierter Jahreswert rd. 38,1 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 48,1 %) betragen im Vorjahr rd. 38,0 Mrd. EUR (+3,0 % gegenüber 2013), der budgetierte Wert wurde um rd. 192 Mio. EUR bzw. 0,5 % unterschritten. Die anhaltend schwache Konsumententwicklung wirkt sich unmittelbar auf die Verbrauchs- und Verkehrssteuern aus. Während im Frühjahr für 2014 noch ein Anstieg des nominellen Privatkonsums um 2,7 % erwartet wurde, geht das WIFO in der jüngsten Prognose von einem Anstieg um 2,0 % im Jahr 2014 aus. Besonderheiten weisen folgende Abgabenarten aus:

- **Umsatzsteuer** (budgetierter Jahreswert 25,6 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 32,2 %): Es konnten Einzahlungen iHv rd. 25,5 Mrd. EUR erzielt werden (+2,4 % gegenüber 2013). Der veranschlagte Wert wurde um rd. 129 Mio. EUR bzw. 0,5 % unterschritten. Dies ist auf die anhaltend schwache Entwicklung des privaten Konsums zurückzuführen. Auch der Anstieg der Verbraucherpreise fiel geringer aus als erwartet (1,6 % statt 1,9 %).



- **Mineralölsteuer** (budgetierter Jahreswert 4,2 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 5,2 %): Aus der Mineralölsteuer konnten Einzahlungen iHv von rd. 4,1 Mrd. EUR erzielt werden (-0,7 % gegenüber 2013). Der BVA wurde nur geringfügig um 15 Mio. EUR unterschritten.
- **Motorbezogene Versicherungssteuer** (budgetierter Jahreswert 2,1 Mrd. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 2,6 %): Die Einzahlungen betragen im Vorjahr rd. 2,1 Mrd. EUR (+19,3 % gegenüber 2013). Der veranschlagte Wert wurde um rd. 76 Mio. EUR bzw. 3,7 % überschritten. Dieser überdurchschnittlich starke Anstieg ist in erster Linie auf die mit dem ersten Abgabenänderungsgesetz 2014 beschlossene Erhöhung der motorbezogenen Versicherungssteuer zurückzuführen.
- **Normverbrauchsabgabe** (budgetierter Jahreswert 520 Mio. EUR; Anteil an den Bruttoabgaben 0,7 %): Im Vorjahr konnte Einzahlungen iHv rd. 438 Mio. EUR erzielt werden (-4,4 % gegenüber 2013). Der BVA wurde um rd. 83 Mio. EUR bzw. 15,9 % unterschritten. Die schwache Entwicklung der Normverbrauchsteuer ist auf einen Rückgang bei den Neuzulassungen und auf Vorzieheffekte aufgrund der mit dem Abgabenänderungsgesetz 2014 beschlossenen Erhöhung der Normverbrauchsabgabe (gültig ab 1. März 2014) zurückzuführen.

## UG 20-Arbeit

Die Gebahrung in der UG 20 ist von der angespannten Arbeitsmarktlage geprägt. Im Jahresdurchschnitt 2014 betrug die Arbeitslosenquote 8,4 % (2013: 7,7 %). Das entspricht einem durchschnittlichen Stand an vorgemerkte Arbeitslosen von 319.358 Personen (+32.151 gegenüber 2013). Bei der Erstellung des BVA im Frühjahr wurde für 2014 noch ein Stand an arbeitslosen Personen von 306.200 Personen bzw. eine Arbeitslosenquote von 8,0 % angenommen. In Schulungen des Arbeitsmarktservice befanden sich im Vorjahr im Jahresdurchschnitt 75.317 Personen (+1.801 gegenüber 2013). Besonders stark war der Anstieg der vorgemerkten Arbeitslosen bei den ausländischen Arbeitskräften (+21,2 %), bei älteren Personen ab 50 Jahren (+18,0 %) und insbesondere bei den Langzeitarbeitslosen (>12 Monate, +83,4 %)<sup>1</sup>. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten stieg um 20.400 auf rd. 3,5 Mio. Personen. Da gleichzeitig das Arbeitskräftepotential um 52.600 Personen zunahm, kam es zum beschriebenen Anstieg der Arbeitslosenquote.

---

<sup>1</sup> Der starke Anstieg bei den Langzeitarbeitslosen ist jedoch neben der Konjunkturverschlechterung insbesondere auch auf eine Umstellung bei der Berechnungsmethode und auf Änderungen der Schulungsstrategie des AMS zurückzuführen.





Die hohe Arbeitslosigkeit führte zu höheren **Auszahlungen** in der UG 20-Arbeit, sowohl für die Finanzierung passiver Leistungen als auch für zusätzliche Ausgaben im Bereich der aktiven und aktivierenden Arbeitsmarktpolitik. Insgesamt betragen die Auszahlungen im Vorjahr rd. 7,4 Mrd. EUR, das entspricht einem Anstieg um rd. 716 Mio. EUR bzw. 10,7 % gegenüber 2013. Der Großteil des Anstiegs (rd. 543 Mio. EUR) ist auf höhere variable Auszahlungen zurückzuführen, wobei der Anteil variabler Auszahlungen in der UG 20 rd. 74 % beträgt. Budgetiert wurden in der UG 20 Auszahlungen iHv rd. 7,0 Mrd. EUR. Der BVA wurde somit um rd. 396 Mio. EUR bzw. 5,6 % überschritten. Laut Auskunft des BMASK sind 280 Mio. EUR der Überschreitung auf höhere Leistungen gemäß Arbeitslosenversicherungsgesetz und 116 Mio. EUR auf einen Anstieg der Förderungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen.

Die **Einzahlungen** in die UG 20-Arbeit, die zum überwiegenden Teil aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung sowie aus Entnahmen der Arbeitsmarktrücklage bestehen, betragen im Vorjahr rd. 6,2 Mrd. EUR (+5,4 % gegenüber 2013). Die Einzahlungen waren um rd. 133 Mio. EUR höher als budgetiert. Der **negative Saldo** in der UG 20 betrug somit rd. 1,3 Mrd. EUR und war um rd. 300 Mio. EUR höher als budgetiert.

### **UG 22-Pensionsversicherung**

Die **Auszahlungen** in der UG 22-Pensionsversicherung betragen im Vorjahr 10,4 Mrd. EUR. Das entspricht einem Anstieg gegenüber 2013 von rd. 610 Mio. EUR bzw. 6,2 %. Der Bundesvoranschlag wurde um rd. 209 Mio. EUR bzw. 2,0 % überschritten. Laut Informationen des BMASK ist der Mehrbedarf in der UG 22 vor allem auf niedriger als erwartete Einzahlungen in die Pensionsversicherung zurückzuführen und weniger auf höhere Ausgaben.

Die **Einzahlungen** in die UG 22-Pensionsversicherung, die im Wesentlichen aus dem Nachtschwerarbeits-Beitrag und aus Abrechnungen mit den Pensionsversicherungsträgern aus den Vorjahren resultieren, betragen 183 Mio. EUR (+11,9 % gegenüber 2013) und waren damit um rd. 146 Mio. EUR höher als budgetiert. Die Mehreinzahlungen sind in erster Linie auf die Abrechnungen mit den Pensionsversicherungsträgern zurückzuführen. Diese wurden nicht budgetiert, da die endgültigen Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger erst im Mai vorgelegt werden. Saldiert betrachtet liegt der Mehrbedarf in der UG 22 gegenüber dem BVA 2014 bei rd. 63 Mio. EUR.



### UG 13-Justiz

Die Einzahlungen in der UG 13 betragen 2014 rd. 1,1 Mrd. EUR (+6,1 % gegenüber 2013), wodurch die veranschlagten Einzahlungen um rd. 95 Mio. EUR bzw. 9,7 % überschritten wurde. Die Mehreinzahlungen ergeben sich aus teils unerwarteten Einnahmen aus Gerichtsgebühren (insbesondere aus den Klagen im Zusammenhang mit der Hypo-Alpe-Adria AG) und Strafen.

### UG 43-Umwelt

Die **Auszahlungen** in der UG 43-Umwelt betragen im Vorjahr rd. 742 Mio. EUR (-6,6 % gegenüber 2013). Der BVA 2014 wurde um rd. 103 Mio. EUR bzw. 16,1 % überschritten. Die Überschreitung ist auf zusätzliche Förderungsmaßnahmen, insbesondere in Zusammenhang mit Projekten für thermische Gebäudesanierung, zurückzuführen. Die **Einzahlungen** waren um rd. 163 Mio. EUR bzw. 34,7 % geringer als budgetiert. Diese Mindereinzahlungen sind auf einen geringeren Erlös aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten durch den Preisverfall seit der Budgetierung zurückzuführen.

### UG 45-Bundesvermögen

Die Auszahlungen in der UG 45-Bundesvermögen betragen im Vorjahr 1,1 Mrd. EUR (-38,1 % gegenüber 2013), der BVA wurde um 476,8 Mio. EUR bzw. 31 % unterschritten. Die Minderauszahlungen sind damit beinahe dreimal so hoch als budgetiert. Die Unterschreitung resultiert insbesondere aus einer geringeren Inanspruchnahme von Haftungen im Ausfuhrförderungsverfahren.

### UG 46-Finanzmarktstabilität

Die nachfolgende Tabelle zeigt die bisherigen Zahlungsströme und die im Finanzrahmen vorgesehene Entwicklung zur Sicherung der österreichischen Finanzmarktstabilität.

#### Budget 2014 und 2015, mittelfristiger Finanzrahmen

Finanzierungshaushalt <i>in Mio. EUR, gerundet</i>	2008	2009	2010	2011	2012	2013	BVA 2014	BVA 2015	BFRG 2016	BFRG 2017	BFRG 2018
Einzahlungen		277	572	641	513	1.898	2.431	112	52	50	50
Auszahlungen	900	4.896	528	80	1.887	3.286	1.832	431	531	431	303

Quellen: BRA, Strategiebericht, Budgetbericht



Im Jahr 2014 beliefen sich die Auszahlungen in der UG 46-Finanzmarktstabilität auf 765 Mio. EUR und waren damit um 1,1 Mrd. EUR geringer als budgetiert. Davon entfallen laut dem FinStaG-Bericht<sup>2</sup> zum 4. Quartal 2014 750 Mio. EUR auf die Kapitalerhöhung bei der Hypo-Alpe-Adria AG vom April 2014, 8 Mio. EUR auf die Einrichtung und Gestionierung der Abbau-Einheiten der Hypo-Alpe-Adria AG, 0,1 Mio. EUR auf die HBI-Bundesholding und 2,15 Mio. EUR auf FIMBAG-Leistungen.

Die Einzahlungen liegen mit 2,5 Mrd. EUR um rd. 42 Mio. EUR über dem budgetierten Jahresbetrag. Die BAWAG PSK und die Raiffeisen Bank International (RBI) zahlten im ersten Halbjahr 2014 Partizipationskapital iHv 2,1 Mrd. EUR zurück, die beiden Banken und die Erste Group Bank AG leisteten noch für das Geschäftsjahr 2013 Dividenden für das Partizipationskapital iHv 252,4 Mio. EUR. Die Einzahlungen aus Haftungsentgelten beliefen sich per Ende 2014 auf 107,9 Mio. EUR, davon entfielen 24,3 Mio. EUR auf das 4. Quartal 2014. Mit der Rückzahlung des Partizipationskapitals durch die nicht staatlichen Banken, den daraus lukrierten Dividenden und dem Auslaufen der Haftungen auf Grundlage des Interbankenmarktstärkungsgesetzes (ISBG) per Juni 2014 wird es ab 2015 zu wesentlich geringeren Einzahlungen (BVA 2015: 112,1 Mio. EUR) in der UG 46-Finanzmarktstabilität kommen.

#### Auswirkungen auf das Maastricht-Defizit

Die **Hypo-Alpe-Adria AG** (HAAG) hat im Jahr 2014 Bundeszuschüsse iHv 750 Mio. EUR (BVA 1,8 Mrd. EUR) benötigt. Im Maastricht-Defizit des Bundes ist mit der Eingliederung der Abbaueinheit in den Sektor Staat die Differenz zwischen den derzeitigen Bilanzwerten und dem langfristigen wirtschaftlichen Wert wirksam. Bei der Budgeterstellung wurde im Maastricht-Defizit 2014 ein Kapitalbedarf von insgesamt 4,4 Mrd. EUR berücksichtigt, davon 4 Mrd. EUR für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Hypo-Alpe-Adria AG, in das Maastricht-Defizit 2015 wurde ein Kapitalbedarf iHv 1 Mrd. EUR für die Bankenhilfen eingerechnet. In der Übersicht über die Haushaltsplanung 2015 wurden die Bankenhilfen für 2014 auf 4,2 Mrd. EUR reduziert, die Annahmen für 2015 blieben unverändert.

---

<sup>2</sup> Bericht über die im 4. Quartal 2014 ergriffenen Maßnahmen gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz an den Hauptausschuss des Nationalrats



Per Ende Oktober 2014 wurde die Hypo-Alpe-Adria AG zur Abwicklungsgesellschaft Heta Asset Resolution. Aktuell findet ein Asset-Review (Vermögenswert-Untersuchung) der Hypo Abbaugesellschaft Heta Asset Resolution AG statt, der für die Bilanzerstellung des vorangegangenen Geschäftsjahres und die Erstellung des Abbauplans erforderlich ist. Dabei wird auch die Werthaltigkeit der Kredite auf dem Balkan geprüft, die von den früheren Tochterbanken vor deren Verkauf an die HETA übergangen.

Laut FinStaG-Bericht zum 4. Quartal 2014 erfolgte im Verkaufsprozess der Südosteuropa-Holding mit sechs Tochterbanken an den US-Investor Advent und die EBRD (European Bank for Reconstruction and Development) Ende Dezember 2014 das Signing um bis zu 200 Mio. EUR. Für mögliche Ansprüche aus den bei Vertragsabschluss vorliegenden rechtlichen und wirtschaftlichen Risiken wurde dem Käufer ein staatliches Sicherungsinstrument iHv 1,7 Mio. EUR gewährt. Die Garantievereinbarung soll im 1. Quartal 2015 erarbeitet und in den Haftungsrahmen gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz eingerechnet werden. Der freie Rahmen für Maßnahmen nach dem FinStaG beträgt nach der Ausweitung des Höchstrahmens von 15 auf 22 Mrd. EUR im Sommer 2014 per 31. Dezember 2014 9,0 Mrd. EUR.

Die im Staatsbesitz stehende Abbaueinheit **KA Finanz AG** wird nunmehr dem Sektor Staat zugerechnet. Sämtliche Verbindlichkeiten der KA Finanz AG werden rückwirkend ab 2009 dem Schuldenstand der Republik Österreich zugerechnet. Im Jahr 2014 führt dies zu einem Anstieg um 7,2 Mrd. EUR, der Schuldenstand verringert sich in weiterer Folge im Ausmaß der Abbauleistung der Bank. Teile der **Kommunalkredit AG** sollen bis Mitte 2015 durch die FIMBAG verkauft werden. Für Ende Jänner 2015 war laut FinStaG-Bericht die Abgabe von finalen Offerten seitens der Bieter vorgesehen. Im Oktober 2014 wurde eine grundlegende Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes beschlossen, die **ÖVAG** (Bundesbeteiligung: 43,3 %) soll als Spitzeninstitut dereguliert und bis 2017 abgebaut werden. Die Restrukturierungspläne stehen noch unter Vorbehalt aufsichtsrechtlicher und EU beihilfenrechtlicher Genehmigungen. Das verbleibende staatliche Partizipationskapital iHv 300 Mio. EUR ist laut Beihilfenentscheidung der EK bis spätestens Ende 2017 zurückzuzahlen.



## UG 51-Kassenverwaltung

Die Einzahlungen in der UG 51-Bundesvermögen betrugen im Vorjahr 1,1 Mrd. EUR (-42 % gegenüber 2013), der BVA wurde um 331,6 Mio. EUR bzw. 23 % unterschritten. Ein Teil der Differenz der Einzahlungen im Vergleich zum Vorjahr ist darauf zurückzuführen, dass die finanzierten Sonderkonten des Bundes für die Siedlungswasserwirtschaft und den Katastrophenfonds gemäß BGBl. I Nr. 165/2013 aufgelöst wurden und nicht mehr budgetiert werden. Weiters startete im Jahr 2014 eine neue EU-Finanzperiode (2014 – 2020), wobei am Beginn einer Finanzperiode die Einzahlungen aus Förderungen erfahrungsgemäß geringer ausfallen.

## UG 58-Finanzierungen, Währungstauschverträge

Im Jahr 2014 belasteten Zinsauszahlungen den Finanzierungshaushalt in der UG 58-Finanzierungen, Währungstauschverträge mit 7.308 Mio. EUR, denen Einzahlungen aus Emissionsagien iHv 605 Mio. EUR gegenüberstanden. Insgesamt ergaben sich damit Nettozinsauszahlungen von 6.703 Mio. EUR und eine Unterschreitung des budgetierten Wertes um rd. 201 Mio. EUR bzw. 2,9 %. Im Vorjahresvergleich stiegen die Nettozinsauszahlungen um rd. 306 Mio. EUR (+4,8 %) an.

## Wesentliche Abweichungen im Ergebnishaushalt

Im Folgenden werden jene Untergliederungen dargestellt, die im Ergebnishaushalt hohe absolute und prozentuelle **Abweichungen vom Bundesvoranschlag** aufweisen. Allerdings sind insbesondere im Ergebnishaushalt die Ergebnisse vorläufiger Natur, in einigen Untergliederungen dürfte es noch zu größeren Korrekturen im Mängelbehebungsverfahren des RH kommen.

### Erträge, wesentliche Abweichungen

UG	Ergebnisrechnung, Erträge	Vergleich Jän-Dez 2014 mit Jän-Dez 2013		Vergleich BVA 2014 mit vorl. Erf. 2014	
		Unterschied in Mio. €	Unterschied in %	Unterschied in Mio. €	Unterschied in %
22	Pensionsversicherung	221,1	716,4	215,0	582,7
20	Arbeit	334,3	5,7	153,2	2,5
13	Justiz	6,1	0,6	82,0	7,9
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	-128,8	-235,7	-127,6	-238,6
43	Umwelt	-210,5	-40,6	-161,0	-34,3
25	Familien und Jugend	-49,9	-0,7	-422,8	-6,0
<b>Summe ausgewählte Untergliederungen</b>		<b>172,2</b>	<b>1,2</b>	<b>-261,2</b>	<b>1,8</b>
<i>übrige Untergliederungen</i>		<i>-1.210,8</i>	<i>-2,1</i>	<i>190,9</i>	<i>-0,3</i>
<b>Summe alle Untergliederungen</b>		<b>-1.038,5</b>	<b>-1,5</b>	<b>-70,2</b>	<b>-0,1</b>



## Aufwendungen, wesentliche Abweichungen

UG	Ergebnisrechnung, Aufwendungen	Vergleich Jän-Dez 2014 mit Jän-Dez 2013		Vergleich BVA 2014 mit vorl. Erf. 2014	
		Unterschied in Mio. €	Unterschied in %	Unterschied in Mio. €	Unterschied in %
20	Arbeit	1.249,9	19,2	703,8	10,0
22	Pensionsversicherung	845,3	8,7	354,9	3,5
15	Finanzverwaltung	276,0	22,8	340,1	29,7
30	Bildung und Frauen	-447,4	-5,2	-59,8	-0,7
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	-423,6	-6,0	-506,6	-7,1
46	Finanzmarktstabilität	-3.510,7	-97,3	-1.532,7	-94,0
41	Verkehr, Innovation und Technologie	-1.675,7	-38,8	-2.345,4	-47,0
	<b>Summe ausgewählte Untergliederungen</b>	<b>-3.686,3</b>	<b>-9,0</b>	<b>-3.045,8</b>	<b>8,2</b>
	<i>übrige Untergliederungen</i>	<i>157,6</i>	<i>0,4</i>	<i>-434,5</i>	<i>1,2</i>
	<b>Summe alle Untergliederungen</b>	<b>-3.528,6</b>	<b>-4,5</b>	<b>-3.480,2</b>	<b>-4,5</b>

Quelle: Monatserfolg BMF, eigene Darstellungen

### UG 14-Militärische Angelegenheit und Sport

In der UG 14 wurden negative Erträge iHv rd. 74 Mio. EUR verbucht. Damit sind die Erträge um rd. 129 Mio. EUR geringer als im Vorjahr und um rd. 128 Mio. EUR geringer als budgetiert. Der Negativsaldo entstand laut Auskunft des BMLVS durch die Verrechnung im Zusammenhang mit der Vorratsverwaltung. Eine Bestandsminderung stellt in der Verrechnung dabei keinen Aufwand (im buchhalterischen Sinn), sondern einen Negativsaldo auf dem Ertragskonto dar. Gleiches gilt für Liegenschaftsverkäufe.

### UG 15-Finanzverwaltung

Die Aufwendungen betragen im Vorjahr rd. 1,5 Mrd. EUR (+22,8 % gegenüber 2013) und sind um 340 Mio. EUR bzw. 29,7 % höher als budgetiert. Die Überschreitung der veranschlagten Aufwendungen ist laut Bericht zu den im 4.Quartal 2014 genehmigten Mittelverwendungsüberschreitungen auf eine nicht-finanzierungswirksame Dotierung einer Prozesskostenrückstellung zurückzuführen.

### UG 20-Arbeit

Die Erträge, die überwiegend aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung sowie Entnahmen aus der Arbeitsmarktrücklage stammen, sind in der UG 20 um rd. 153 Mio. EUR höher als budgetiert.

Auffällig ist die hohe Überschreitung bei den Aufwendungen, die in der UG 20-Arbeit rd. 7,7 Mrd. EUR (+19,2 % gegenüber 2013) betragen und damit den BVA um rd. 704 Mio. EUR überschritten. Die Aufwendungen sind auch um rd. 319 Mio. EUR höher als die Auszahlungen. Laut Informationen des BMASK beruhen die übermäßig hohen



Aufwendungen auf einer Berichtigungsbuchung im Jänner 2015 zum Abbau von Ersatzforderungen für 2013 und 2014 im Bereich der Arbeitslosenversicherung, in der fälschlicherweise ein zusätzlicher Aufwand generiert wurde. Aufgrund der zeitlichen Vorgaben zum Eingabeschluss für ergebnisrelevante Buchungen für das Finanzjahr 2014 konnte diese Fehlbuchung nicht mehr rechtzeitig behoben werden, sodass eine Korrektur erst im Zuge des Mängelbehebungsverfahrens erfolgen wird.

### **UG 22-Pensionsversicherung**

Im Ergebnishaushalt kommt es per 31. Dezember 2014 zu noch deutlicheren Abweichungen zwischen Voranschlag und vorläufigem Erfolg als im Finanzierungshaushalt. Bei den Erträgen kam es im Vorjahr zu einer Überschreitung des BVA 2014 iHv rd. 215 Mio. EUR, bei den Aufwendungen iHv rd. 355 Mio. EUR. Die Abweichungen zwischen Ergebnis- und Finanzierungshaushalt sind laut BMASK ausschließlich auf nicht finanzierungswirksame Korrekturbuchungen im Zusammenhang mit Abrechnungsresten aus dem Jahr 2013 zurückzuführen. Im Gegensatz zum Jahr 2013 dürften 2014 die Einnahmen aus den Abrechnungen mit den Pensionsversicherungsträgern aus dem Vorjahr nicht nur als Einzahlungen, sondern auch als Erträge verbucht worden sein, obwohl sich diese auf das Jahr 2013 beziehen. Zur Korrektur wurden im Ergebnishaushalt nicht finanzierungswirksame Aufwendungen (Wertberichtigungen aus Forderungen und Verbindlichkeiten aus Vorjahren) verbucht.

### **UG 25-Familien und Jugend**

Die im Vorjahr erzielten Erträge in der UG 25 lagen laut Monatserfolg Dezember 2014 bei rd. 6,7 Mrd. EUR. Der BVA 2014 wurde um rd. 423 Mio. EUR bzw. 6,0 % unterschritten. Laut Auskunft des BMFJ wird es hier allerdings noch zu einer Korrekturbuchung kommen, weshalb die Mindererträge mit Vorsicht zu interpretieren sind.

### **UG 30-Bildung und Frauen**

Die Aufwendungen betragen im Vorjahr rd. 8,1 Mrd. EUR, wobei die veranschlagten Aufwendungen um rd. 60 Mio. EUR unterschritten wurden. In der UG 30 wurden die Mietzahlungen an die BIG für das 4. Quartal 2014 iHv 90 Mio. EUR ins Jahr 2016 verschoben. Offen bleibt, wie diese Verschiebung vertraglich mit der BIG ausgestaltet und im Ergebnishaushalt Berücksichtigung findet.



## **UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie**

In der UG 41 belaufen sich die ausgewiesenen Aufwendungen nur auf etwas mehr als die Hälfte (2,6 Mrd. EUR) des Voranschlages (5 Mrd. EUR), und liegen um 1,7 Mrd. EUR niedriger als im Vorjahresvergleich. Im Ergebnishaushalt finden sich die anteiligen Investitionen des Bundes in die ÖBB-Infrastruktur des laufenden Jahres, die der Bund in bis zu 50-jährigen Annuitäten zurückbezahlt. Laut BMF-Auskunft sind die getätigten Investitionen der ÖBB aufgrund eines noch nicht abgeschlossenen Zuschussvertrages nicht im Ergebnishaushalt 2014 des Bundes enthalten.

## **UG 46-Finanzmarktstabilität**

Die Aufwendungen in der UG 46 betragen im Vorjahr rd. 99 Mio. EUR und machen nur einen Bruchteil der veranschlagten Aufwendungen iHv 1,6 Mrd. EUR aus. Obwohl der Ergebnishaushalt bis auf eine geplante Haftungsübernahme analog zum Finanzierungshaushalt budgetiert wurde ist die Kapitalerhöhung an die Hypo-Alpe-Adria AG vom April 2014 nur im Finanzierungshaushalt enthalten. Damit dürfte die Kapitalerhöhung als Beteiligungserwerb (Vermögenshaushalt) verbucht und im Zuge der Folgebewertungen noch abgeschrieben werden. Laut parlamentarischer Anfragebeantwortung 3096/AB liegt die Frist für Folgebewertungen von Beteiligungen bei dem 30. Juni des jeweils folgenden Jahres, ausschlaggebend sei die Testierung des jeweiligen Jahresabschlusses des Beteiligungsunternehmens.

## **UG 58-Finanzierungen, Währungstauschverträge**

Anders als in der Finanzierungsrechnung ist in der aufgrund der Periodenabgrenzung aussagekräftigeren Ergebnisrechnung mit rd. 6,7 Mrd. EUR ein im Vorjahresvergleich um 6 % geringerer Zinsaufwand zu verzeichnen (budgetierter Jahresanstieg: 1,2 %). Dieser Rückgang im Zinsaufwand wurde durch das deutliche Absinken des Zinsniveaus im Jahr 2014 verursacht, das aufgrund der periodengerechten Buchung von Zinserträgen in der Ergebnisrechnung bereits 2014 stark erfolgswirksam ist, während es in der Finanzierungsrechnung zu einem großen Teil erst im Jahr 2015 sichtbar wird.





## Mittelverwendungsüberschreitungen und Vorbelastungen

Der vorgelegte Bericht umfasst die Mittelverwendungsüberschreitungen im 4. Quartal 2014. Mittelverwendungsüberschreitungen setzen eine Bedeckung im Finanzierungshaushalt voraus, die durch Mittelumshiftungen, unterjährige Mehreinzahlungen, die Verwendung von Rücklagen oder sonstige Kreditoperationen, z.B. für zusätzliche Auszahlungen in der variablen Gebarung, erfolgen kann.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die per Ende des 4. Quartals 2014 genehmigten Mittelverwendungsüberschreitungen:

### Mittelverwendungsüberschreitungen per Ende 4. Quartal 2014

Mittelverwendungsüberschreitungen		2014				
		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Gesamt
Finanzierungshaushalt <i>in Mio. EUR</i>						
gesetzl. Grundlage	Erläuterung					
<b>Umschichtungen</b>						
Art. IV Abs. 1 Z 1	zwischen Detailbudgets unterschiedlicher Globalbudgets derselben Untergliederung			10,360	278,506	<b>288,866</b>
Art. IV Abs. 1 Z 2	zwischen Globalbudgets von Untergliederungen derselben Rubrik			22,469	3,477	<b>25,946</b>
Art. IV Abs. 1 Z 1 i.V.m. Art. IV Abs. 2 Z 2	zwischen Detailbudgets unterschiedlicher Globalbudgets derselben Untergliederung betreffend Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen und rückzahlbaren Vorschüssen				11,000	<b>11,000</b>
<b>Summe</b>		<b>0,000</b>	<b>0,000</b>	<b>32,829</b>	<b>292,983</b>	<b>325,811</b>
<b>unterjährige Rücklagen (Mehreinzahlungen)</b>						
Art. V Abs. 1 Z 2, gesetzl. Budgetprov. 2014 iVm. BFG 2013	zweckgebundene Gebarungen	2,012	9,312			<b>11,324</b>
Art. V Abs. 1 Z 3 lit. h, gesetzl. Budgetprov. 2014 iVm. BFG 2013	Leistungen an Sozialversicherungen für Transferzahlungen an den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger	39,999				<b>39,999</b>
Art. V Abs. 1 Z 3 lit. g	aus der Veräußerung von militärisch genutzten Liegenschaften und Hochbauten			12,611	13,392	<b>26,003</b>
Art. V Abs. 1 Z 2	zweckgebundene Gebarungen			118,230	48,116	<b>166,346</b>
Art. V Abs. 1 Z 1	Mehreinzahlungen				96,307	<b>96,307</b>
Art. V Abs. 1 Z 3 lit. a	Pensionsbeiträge (Dienstgeberbeiträge)				9,336	<b>9,336</b>
Art. V Abs. 1 Z 3 lit. b	Zahlungen an Beamte, die bis zu Versetzung in Bundesministerium für Inneres zur Dienstleistung der Post und Telekom Austria zugewiesen werden				1,324	<b>1,324</b>
Art. V Abs. 1 Z 3 lit. d	Durchführung kultureller Veranstaltungen im In- und Ausland				1,103	<b>1,103</b>
Art. V Abs. 1 Z 3 lit. e	Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen des Bundesministerium für Justiz				3,756	<b>3,756</b>
Art. V Abs. 1 Z 3 lit. m	Katastrophenfonds				10,000	<b>10,000</b>
<b>Summe</b>		<b>42,011</b>	<b>9,312</b>	<b>130,841</b>	<b>183,335</b>	<b>365,498</b>
<b>Rücklagen</b>						
Art. VI Abs. 1 Z 2, gesetzl. Budgetprov. 2014 iVm. BFG 2013	Verwendung von Rücklagen aus Vorperioden (Bedeckung durch Kreditoperationen)	45,195	46,409			<b>91,604</b>
Art. VII Z. 2, BFG 2014	Verwendung von Rücklagen aus Vorperioden (Bedeckung durch Kreditoperationen)		34,788	103,620	206,002	<b>344,410</b>
§ 56 Abs. 2 BHG 2013	Rücklageneinziehung im Rahmen der EU-Gebarung		0,158	0,307		<b>0,465</b>
<b>Summe</b>		<b>45,195</b>	<b>81,354</b>	<b>103,927</b>	<b>206,002</b>	<b>436,479</b>
<b>Sonstige Kreditoperationen</b>						
Art. VII Z 1 BFG 2014	bei Überschreitung variabler Mittelverwendungsobergrenzen			0,119	518,894	<b>519,013</b>
<b>Summe</b>		<b>0,000</b>	<b>0,000</b>	<b>0,119</b>	<b>518,894</b>	<b>519,013</b>
<b>Gesamt</b>		<b>87,206</b>	<b>90,666</b>	<b>267,716</b>	<b>1.201,214</b>	<b>1.646,802</b>

Quelle: BMF, Stand 5. Februar 2015



Im 4. Quartal 2014 wurden Mittelverwendungsüberschreitungen iHv insgesamt rd. 1,2 Mrd. EUR genehmigt. Diese teilen sich auf die unterschiedlich Bedeckungsformen wie folgt auf:

- Umschichtungen (rd. 293 Mio. EUR bzw. 24 % der genehmigten Mittelverwendungsüberschreitungen): In erster Linie betraf dies die UG 11-Inneres, die UG 23-Pensionen – Beamtinnen und Beamte und die UG 30-Bildung und Frauen. Die Mittelverwendungsüberschreitungen in der UG 11 sind vor allem auf die steigenden Flüchtlingszahlen zurückzuführen. Ein Großteil der Umschichtungen wird aus dem Detailbudget 11.04.04. Kommunikations- und Informationstechnologie (zentrale Dienste) bedeckt, in dem Rücklagen iHv rd. 29,9 Mio. EUR entnommen wurden. Dadurch kommt es zu einer Verschiebung von Rücklagen zwischen unterschiedlichen Detailbudgets. In der UG 23 wird ein Teil des Mehrbedarfs bei den Pensionen der LandeslehrerInnen in Oberösterreich durch Umschichtungen bedeckt. In der UG 30 waren die Auszahlungen für die LandeslehrerInnen um rd. 120 Mio. EUR höher als veranschlagt. Der Großteil davon (rd. 115 Mio. EUR) wurde durch Umschichtungen bedeckt, der Rest durch Rücklagenentnahmen.
- Unterjährige Mehreinzahlungen (rd. 183 Mio. EUR bzw. 15 % der genehmigten Mittelverwendungsüberschreitungen): Zu unterjährigen Mehreinzahlungen, die zur Bedeckung von Mittelverwendungsüberschreitungen herangezogen wurden, kam es insbesondere in der UG 13-Justiz und in der UG 20-Arbeit. Die Mehreinzahlungen in der UG 13 aus Strafen und Gerichtsgebühren wurden insbesondere zur Bedeckung von Mehraufwendungen der Oberlandesgerichte herangezogen. In der UG 20 wurden die Mehraufwendungen für diverse Arbeitsmarktprojekte durch Entnahmen aus der Arbeitsmarktrücklage bedeckt.
- Rücklagenentnahmen (rd. 206 Mio. EUR bzw. 17 % der genehmigten Mittelverwendungsüberschreitungen): Die größten Rücklagenentnahmen im 4. Quartal gab es in der UG 11-Inneres im Zusammenhang mit dem hohen Flüchtlingszahlen, in der UG 21-Soziales und Konsumentenschutz für Mehraufwand im Bereich der 24-Stunden-Betreuung und in der UG 23-Pensionen – Beamtinnen und Beamte für Mehrbedarf bei den Pensionen der LandeslehrerInnen in Oberösterreich, der laut Bericht auf einen Rechenfehler des Landes Oberösterreich zurückzuführen ist.



- Sonstige Kreditoperationen (rd. 519 Mio. EUR bzw. 43 % der genehmigten Mittelverwendungsüberschreitungen): Der Großteil entfällt hier auf Mehrbedarf in der variablen Gebarung der UG 20-Arbeit und der UG 22-Pensionsversicherung, in denen es zu deutlichen Überschreitungen der veranschlagten Auszahlungen kam.

Insgesamt belaufen sich die Mittelverwendungsüberschreitungen im Jahr 2014 auf rd. 1,6 Mrd. EUR. Gegenüber 2013 sind die Mittelverwendungsüberschreitungen um rd. 1,4 Mrd. EUR gesunken. Allerdings kam es 2013 zu einer außergewöhnlich hohen Rücklagenentnahme iHv rd. 1,1 Mrd. EUR in der UG 46-Finanzmarktstabilität, die einen Großteil der Differenz erklärt. Die im Vorjahr relativ geringen Entnahmen von Rücklagen der Ressorts über Mittelverwendungsüberschreitungen im laufenden Budgetvollzug (insgesamt rd. 436 Mio. EUR) dürften auf den restriktiven Budgetvollzug zurückzuführen sein. Deutlich gestiegen gegenüber 2013 sind durch sonstige Kreditoperationen bedeckte Mittelverwendungsüberschreitungen (+rd. 519 Mio. EUR gegenüber 2013). Auch durch unterjährige Mehreinzahlungen bedeckte Budgetüberschreitungen spielten 2014 eine etwas größere Rolle als 2013.

Mittelverwendungsüberschreitungen im Ergebnishaushalt, die nicht finanzierungswirksam waren, beliefen sich im 4. Quartal auf rd. 1,0 Mrd. EUR. Die größten nicht finanzierungswirksamen Mittelverwendungsüberschreitungen gab es in der UG 15-Finanzverwaltung für Rückstellungen im Zusammenhang mit Prozesskosten (340 Mio. EUR), in der UG 34-Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung) für sonstige Rückstellungen (231 Mio. EUR) und in der UG 45-Bundesvermögen für Rückstellungen für Haftungen (insgesamt rd. 173 Mio. EUR). In den Vorquartalen kam es nur zu geringfügigen nicht finanzierungswirksamen Mittelverwendungsüberschreitungen.

#### Vorbelastungen per Ende 4. Quartal 2014

Vorbelastungen	2014					Auszahlungen auf UG-Ebene
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Gesamt	
Finanzierungshaushalt <i>in Mio. EUR</i>						BVA 2014
UG 31-Wissenschaft und Forschung	12,6		205,6	315,0	533,2	4.078,1
UG 33-Wirtschaft (Forschung)		26,3			26,3	101,6
UG 34-Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)			227,9	32,5	260,4	424,2
UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie	3,9		5,0	139,6	148,6	3.173,8
UG 43-Umwelt	1,4	45,9	11,2	61,2	119,7	639,0
<b>Gesamt</b>	<b>17,9</b>	<b>72,2</b>	<b>449,6</b>	<b>548,3</b>	<b>1.088,1</b>	<b>75.765,1</b>

Quelle: BMF; Stand: 30. Dezember 2014



Im Jahr 2014 wurden insgesamt Vorbelastungen iHv rd. 1,1 Mrd. EUR eingegangen, etwa die Hälfte davon im 4. Quartal 2014. Die betragsmäßig bedeutendsten Vorbelastungen im 4. Quartal iHv 315 Mio. EUR betreffen die UG 31-Wissenschaft und Forschung. Gegenstand ist der Abschluss einer Leistungsvereinbarung für die Jahre 2015 bis 2017 zwischen dem BMFWF und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Weitere bedeutende Vorbelastungen betreffen die UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie für ein Investitions- und Erhaltungsprogramm für Privatbahnen (rd. 140 Mio. EUR) und die UG 43-Umwelt für eine Thermische Sanierungsoffensive 2014 für Betriebe und privaten Wohnbau (rd. 38 Mio. EUR) und die Modernisierung der Verbrennungsanlage Seibersdorf (rd. 8 Mio. EUR).

Die im Bericht über die Genehmigung von Vorbelastungen enthaltenen Angaben waren bislang nur beschränkt aussagekräftig. Im aktuell vorliegenden Bericht über das 4. Quartal 2014 wurde nun eine Anregung des Budgetdienstes aufgenommen und für jedes genehmigte Vorbelastungsvorhaben eine Aufgliederung der budgetären Belastung auf die nächsten fünf bzw. alle weiteren Jahre ergänzt. Für eine bessere Gesamteinschätzung der budgetären Belastungen der Folgejahre sollte der Bericht nun noch um Angaben zum Stand aller bestehenden Vorbelastungen für das betreffende Globalbudget und der Verteilung auf die nächsten fünf Jahre ergänzt werden.